
FDP Bad Vilbel

ERFOLGREICHE INTEGRATION – NUR VOR ORT

29.10.2015

Betreff: Fwd: Erfolgreiche Integration - nur vor Ort

FDP Bad Vilbel : Zuweisung von Flüchtlingen ohne Rechtsstatus an Gemeinden sofort beenden

Der Vorstand der FDP in Bad Vilbel hat sich in einem umfangreichen Beschluss dafür ausgesprochen, dass es ab sofort Bund und Ländern nicht mehr möglich sein darf, Flüchtlinge ohne Rechtsstatus, nicht registrierte bzw. ohne Gesundheitsprüfung auf und in hessische Kommunen einzuquartieren. Nach einer sehr intensiven parteiinternen Diskussion kamen die heimischen Liberalen zu dem Ergebnis, das Angesichts des Versagens der Bundesregierung und insbesondere der Kanzlerin keine 'zentralstaatliche Willkürmehr bei der Einquartierung von Flüchtlingen auf in in hessische Kommunen' akzeptiert werden dürfe.

"Diese Forderung beachtet die Rechte der Mitbestimmung, der kommunalen Bürgernähe, der bürgerlichen Selbstbestimmung, aber auch der ortsnahen Problemlösungskompetenz und natürlich auch der Emanzipation sowie Transparenz," erläuterte der FDP Vorsitzende Jörg-Uwe Hahn.

Die Freien Demokraten beziehen sich in Ihrem Papier auf die Tatsache, das immer und ohne Ausnahme hervorgehoben werde, dass eine erfolgreiche Integrationsarbeit nur und ohne Ausnahme in der Kommune geleistet werden könne. "Seitdem deutsches und europäisches Recht in Sachen Zuwanderung an den Grenzen und im Lande unilateral ausgesetzt wurde bzw. im Lande im Vollzug chronisch verschleppt wurde, seitdem herrscht Chaos und schwerer Unfrieden in Deutschland und Europa. die deutsche Demokratie wird ohne Not nun wohl auf Jahre links- und rechtsradikale Tendenzen und deren

nahestehende Parteien in den Parlamenten und auf der Straße ertragen müssen ", so die Liberalen aus der Kurstadt weiter.

Damit nicht das gute Zusammenleben vor Ort mit der großen Hilfsbereitschaft auch noch erheblich beschädigt werde, wollen die Liberalen nur noch eine Zuweisung durch Bund und Land an die Kommunen zulassen bei Flüchtlingen mit klarem Rechtsstatus. "Wer nicht registriert und seinen Asylantrag abgegeben hat, wer nicht die Gesundheitsuntersuchung erfolgreich abgeschlossen hat, den darf Bund und Land nicht mehr einfach so zuweisen. Nur wenn die Kommune aus eigener Verantwortung nach Bürgeranhörung beschließt, auch derartigen Flüchtlingen eine Unterkunft zu gewähren, ist eine örtliche Aufnahme möglich," erläutert Hahn die Überlegungen der FDP. "Ja, unsere Forderung ist auch eine Folge des überall herrschenden Gefühls und der Tatsache des Ausgeliefertseins!"

Man werde diese Gedanken unter dem Titel "Erfolgreiche Integration wird vor Ort gemacht - Erfolgreiche Integration muss auch vor Ort entschieden werden" nunmehr in eine breite Diskussion sowohl in die Bürgerschaft als auch in die FDP geben.

Der Beschluss im Wortlaut:

***Erfolgreiche Integration wird
vor Ort gemacht - Erfolgreiche
Integration muss auch vor Ort
entschieden werden"***

*Alle Wortmeldungen zum Thema
Integration heben immer und
ohne Ausnahme hervor, dass
eine erfolgreiche
Integrationsarbeit nur und
ausschließlich in der Kommune
geleistet werden kann.*

*Seitdem deutsches und
europäisches Recht in Sachen
Zuwanderung an den Grenzen
und im Lande in teutonischer
Machtvollkommenheit unilateral
ausgesetzt wurde bzw. im Lande
im Vollzug chronisch verschleppt
wird, seitdem herrscht Chaos
und schwerer Unfrieden in
Deutschland und Europa . Die
deutsche Demokratie wird ohne
jede Not nun wohl auf Jahre
links- und rechtsradikale
Tendenzen und deren
nahestehende **Parteien**
in den Parlamenten und auf den
Strassen ertragen müssen.u*

*Seitens der Bundesregierung ist
ausgesetztes Recht gemeinsam
mit den europäischen Partnern -
und zwar ohne moralistische
Belehrungen der Partner- wie
auch in Deutschland wieder in
Kraft zu setzen und die
Vollzugsverschleppung zu
beenden. Die Bundesregierung
muß sich endlich umgehend
ehrlich machen in Sachen
Zuwanderung und ein
Einwanderungsgesetz im
Interesse des
Landes beschließen und so den
Missbrauch und die chronische
Aushöhlung unseres Asylrechts
beenden.*

Während die Koalition in Berlin innerhalb weniger Wochen auf allen Politikfeldern von Zuwanderung, Asylrecht über innere Sicherheit, Europapolitik und Außenpolitik in kaum vorstellbarer Weise versagt hat und unabsehbaren Schaden angerichtet hat, haben die hessischen Kommunen wie die Kommunen in ganz Deutschland und vor allem die Bürger vor Ort in ebenso kaum vorstellbarer Weise Herausragendes geleistet. Regierungsversagen und Stärke der Zivilgesellschaft stehen sich wie Kontrapunkte gegenüber.

*Berlin muß endlich seine Hausaufgaben machen: den Kommunen in Hessen sind Asylanten, Geduldete und sonstige Zuwanderer nur noch mit klarem Rechtsstatus zuzuweisen. Anders ist gute Integrationsarbeit vor Ort nicht mehr möglich. Wir **wollen** unsere Gäste mit Bleiberecht weiterhin gut und freundlich behandeln und erfolgreich in unser Gemeinwesen integrieren.*

Grenzschutz und unverzügliche Klärung des Rechtsstatus von Flüchtlingen & Zuwanderern sind vordringliche Staatsaufgaben des Bundes.

*Solange die Koalition in Berlin
aber weiter dilettiert und es
darauf ankommen läßt, dass
Flüchtlingsthema auf Kosten
Europas durch Tributzahlungen
an zweifelhafte Regime mit
Autokratieneigung unter den
Tisch zu kehren, solange kann es
nur Sache der Kommunen sein,
darüber zu entscheiden, zu
welchen Bedingungen
Flüchtlinge und Zuwanderer ohne
geklärten Rechtsstatus
aufgenommen werden. Solange
hat Berlin seinen Anspruch
verwirkt, von oben herab den
Kommunen die Aufnahme zu
diktieren. Diese Forderung ist
eine eindeutige Folge des überall
herrschenden Gefühls und der
Tatsache des Ausgeliefertseins!*

*Wir können angesichts des
Versagens dieser Regierung
keine zentralstaatliche Willkür
mehr bei der Einquartierung von
Flüchtlingen ohne Rechtsstatus,
nicht registriert bzw. ohne
Gesundheitsprüfung auf und in
hessische Kommunen
hinnehmen.*

*Diese Forderung beachtet die
Rechte der Mitbestimmung, der
kommunalen Bürgernähe, des
bürgerlichen
Selbstbestimmungsrecht, aber
auch der ortsnahen
Problemlösungskompetenz und
natürlich auch die Emanzipation
sowie Transparenz.*